

Notizen

Vom 21. bis 23. Juni tagte im Vatikan erstmals der von Johannes Paul II. ernannte Bischofsrat für die *Sondervollversammlung der Bischofssynode für Afrika*. Eine solche Sondervollversammlung hatte der Papst Anfang dieses Jahres angekündigt. Dem Rat gehören von Kurienseite der Präfekt der Kongregation für die Glaubensverbreitung, Kardinal Jozef Tomko, und der Präsident des Rats für den interreligiösen Dialog, Kardinal Francis Arinze, an; dazu kommen sechzehn afrikanische Bischöfe. Auf seiner konstituierenden Sitzung befaßte sich der Rat mit den „Lineamenta“, dem ersten Vorbereitungsdokument für die geplante Sondervollversammlung der Bischofssynode für Afrika. Es wurden fünf Kommissionen gebildet, denen die Themen Evangelisierung, Inkulturation, Dialog, Gerechtigkeit und Frieden, soziale Kommunikationsmittel zugewiesen wurden.

In seiner Botschaft an Johannes Paul II. anlässlich des traditionellen Besuchs einer Delegation des Ökumenischen Patriarchats in Rom am Fest Peter und Paul wies Patriarch Dimitrios I. darauf hin, daß der *theologische Dialog zwischen katholischer Kirche und Orthodoxie* sich bald mit der Prüfung der „Hauptfragen der Theologie und des Kirchenrechts“ befassen werde, die am meisten den Weg zur Gemeinschaft der beiden Kirchen blockierten. Man müsse die katholischen und orthodoxen Delegierten in ihrem Engagement bestärken, „damit sie leichter zu einer Übereinstimmung kommen, zur Freude der Engel und zum Lob Gottes“. Mit jedem Dokument, das die katholisch-orthodoxe Kommission verabschiedete, unterstreiche sie ihre Bereitschaft und die ihrer Kirchen, „dieses heilige Werk fortzusetzen und abzuschließen und so zur Verwirklichung des Ziels des Dialogs zu gelangen, der Wiederherstellung der vollen Gemeinschaft der beiden Kirchen“.

In einer von ihm verantworteten Studie über „Altenpolitik 2000“ übte der NRW-Sozialminister Hermann Heinemann Kritik an den Verbänden der *Freien Wohlfahrtspflege*. Nach Heinemann behindern starke Bürokratisierungstendenzen in den freien Wohlfahrtsverbänden Innovationsfähigkeit und Bürgernähe. Ihre *Abhängigkeit vom Staat* nehme zu. Als „Filialen des Sozialstaats“ würden sie ihrem Autonomieanspruch nicht mehr gerecht. Heinemann gab den Wohlfahrtsverbänden den Rat, ihre *Prioritäten* so zu setzen, daß sie vor allem dort tätig sein können, „wo der Sozialstaat noch nicht oder nur unzureichend initiativ geworden ist“. Heinemann forderte eine Verbesserung der Management-schulung in den Verbänden, eine stärkere Qualifizierung auch der Aufsichtsgremien und eine *engere Zusammenarbeit* zwischen freien und kommunalen Trägern.

Zum neuen Bischof von Berlin ernannte Johannes Paul II. am 17. Juni den Erfurter Generalvikar Georg Sterzinsky. Der 1936 im ostpreußischen Kreis Heilsberg (Bistum Ermland) geborene Sterzinsky leitete als Generalvikar zugleich das Rechtsreferat und die Ökumene-Kommission im Erfurter Ordinariat. Außerdem gehört er der Ökumene-Kommission der Berliner Bischofskonferenz an. Vor seiner Ernennung zum Generalvikar war Sterzinsky 15 Jahre Pfarrer in Jena, in den frühen sechziger Jahren fast zeitgleich mit Kardinal Meisner Vikar in Heiligenstadt (Eichsfeld). Sterzinsky, der bisher wenig in der Öffentlichkeit in Erscheinung getreten ist, gilt als Kirchenmann von bescheidenem, zurückhaltendem Lebensstil, als guter Verwalter und erfahrener Seelsorger mit Sinn für offene Probleme. In einer ersten Stellungnahme im Ost-Berliner St. Hedwigsblatt richtete er an seine künftigen Mitarbeiter die Bitte um „konstruktive Offenheit“. Sterzinsky wurde entsprechend dem Preußenkonkordat vom Domkapitel aus einer römischen Dreierliste gewählt.

In der Erzdiözese Wien wurde die *gesamte Leitung des Priesterseminars* (Regens, Subregens, Spiritual, Studienpräfekt) ausgewechselt. Der bisherige Seminarregens, Joseph Toth, von Herkunft Ungar, wurde zum Domkapitel an St. Stephan ernannt und soll demnächst eine Pfarrei übernehmen. Nachfolger von Toth wird der bisherige Pfarrer von Großenzersdorf, Franz Fischer. Neuer Spiritual wurde der Pfarrexpositus von Wienerfeld West, Joseph Debono. Neuer Studienpräfekt ist der bisherige Domkurat in Wiener Neustadt, Anton Faber.

Die immer wieder angestrebte, aber unter den früheren Verhältnissen nie zustande gekommene, stets stärker von Rom als vom polnischen Episkopat betriebene *Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Polen und dem Vatikan*, wurde am 17. Juni in Rom und Warschau zugleich bekanntgegeben. Künftig wird ein päpstlicher Nuntius in Warschau und ein polnischer Botschafter beim Vatikan residieren. Polen ist damit nach Jugoslawien das zweite kommunistisch regierte Land, das diplomatische Beziehungen zum Vatikan unterhält. Das nächste könnte aus gegenwärtiger Sicht Ungarn sein.

Aus Protest gegen die seiner Ansicht nach mangelhafte Beachtung der Bedürfnisse schwarzer Katholiken in den USA gründete der farbige katholische US-Priester George A. Stallings eine eigene kirchliche afro-amerikanische Gemeinschaft mit Namen „Imani Temple“. Stallings wurde daraufhin vom Erzbischof von Washington, Kardinal James Hickey, seines

Amtes enthoben. Die Aufhebung solle so lange gelten, bis Stallings diesen „Akt des Ungehorsams“ wieder rückgängig mache. Etwa zwei Millionen der 54 Millionen US-Katholiken sind Farbige. Zu ihnen gehören 300 der insgesamt 19000 Priester und 13 der über 300 Bischöfe.

Vor weiterer *Auswanderung von Christen aus Nahost* (vor allem aus dem Libanon) warnte das Exekutivkomitee des Rates der Kirchen im Nahen Osten. Die Auswanderung von Christen aus nahöstlichen Ländern habe ein solches Ausmaß angenommen, daß den christlichen Kirchen „eine Reduzierung ihrer ... Präsenz ... auf Reliquien und Monumente“ drohe. Allein in Jerusalem sei die Zahl der Christen von 28000 im Jahre 1948 auf jetzt 9000 gesunken. Der im Libanon residierende armenische Patriarch von Kilikien, Karekin II., warf bei gleicher Gelegenheit „bestimmten Instanzen im Ausland“ vor, die Abwanderung von Christen im Nahen Osten, vor allem im Libanon, zu fördern, um so das Libanon-Problem lösen zu können.

Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow ist getauft. Auf eine entsprechende Frage bei der Pressekonferenz im Elysée anlässlich seines Frankreichbesuchs Anfang Juni antwortete Gorbatschow: „Ja, ich bin getauft, und ich glaube, daß daran gar nichts Unnormales ist.“ Bislang war nur bekannt, daß die Mutter des 1931 geborenen Gorbatschow praktizierende orthodoxe Christin war.

Aus der Volksrepublik China kommen die Meldungen, nach denen die Behörden dort ihr *Vorgehen gegen die Katholiken, die sich der „Patriotischen Vereinigung der Katholiken Chinas“ angeschlossen* haben, verschärfen. Schon aus der Zeit vor den Massakern vom 3./4. Juni stammen Direktiven der KPCH-Führung für eine harte Linie ihnen gegenüber, während die Patriotische Vereinigung bewußt weiter gefördert werden soll. Die an Rom orientierten Katholiken sollen demnach ständig angegriffen werden, keine Grundstücke erhalten und keine Kirchen bauen dürfen und möglichst isoliert werden, um keine „Untergrundorganisationen“ aufbauen zu können. Nach den Ereignissen vom 3./4. Juni sollen die Maßnahmen noch verschärft worden sein. U. a. wurde bekannt, daß der 84jährige Bischof Peter Joseph Fan Xueyan von Paoting, der bisher unter Hausarrest stand, in den Tagen der Studentenrevolte von der Polizei mit unbekanntem Ziel abgeholt wurde und seitdem verschollen ist.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt der Luchterband Verlagsgruppe, Newwied, bei.